

Stand: 08.03.2026 05:56:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9892

"Günstig heizen. Bezahlbar wohnen. Unabhängige Energiepolitik wagen."

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9892 vom 05.02.2026
2. Beschluss des Plenums 19/9894 vom 05.02.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 05.02.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Günstig heizen. Bezahlbar wohnen. Unabhängige Energiepolitik wagen.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag kritisiert, dass

- die Bundesregierung und die EU durch CO₂-Bepreisung, Sanktionen und bürokratische Vorgaben wie das Gebäudeenergiegesetz (GEG) die künstliche Verknappung und Verteuerung von Erdgas für Industrie, Unternehmen und private Haushalte in Bayern nicht nur hinnehmen, sondern aktiv fördern,
- die Bundesregierung und die EU damit die Abhängigkeit von teurem importiertem LNG-Gas (LNG = Liquefied Natural Gas) und strategischen Metallen verstärken und die Grundlage für Bayerns wirtschaftliche Stärke – günstige und zuverlässige Energie – untergraben, anstatt eine diversifizierte Versorgung mit heimischem Biometan und preiswertem Erdgas zu sichern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Aufhebung aller Sanktionen gegen wesentliche Lieferländer von Erdgas einzusetzen, keine Importverbote für Erdgas aus Drittstaaten zu erlassen und die Wiederaufnahme pragmatischer energiepolitischer Diplomatie zu fördern, einschließlich direkter Gespräche über langfristige Erdgaslieferverträge, die der Versorgungssicherheit und den wirtschaftlichen Interessen Bayerns dienen,
2. sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Abschaffung oder Aussetzung des EU-Emissionshandelssystems (ETS I) sowie des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) einzusetzen und die Senkung der Energie- und Umsatzsteuersätze auf das EU-Mindestmaß zu fordern,
3. sich auf Bundesebene für die Abschaffung des GEG und des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) einzusetzen, die Abschreibungen im Gasnetz erzwingen und die freie Heizungswahl behindern,
4. eine bayerische Biomethan-Strategie zu entwickeln, die darauf abzielt, bestehende Biogasanlagen langfristig zu erhalten, den flexiblen Einsatz aller Brennstoffarten in den Anlagen zu ermöglichen und die bayernweite Einspeisung von Biomethan ins Erdgasnetz sicherzustellen,
5. den Erhalt und den weiteren Betrieb der strategisch bedeutsamen bayerischen Gasspeicher sicherzustellen, insbesondere sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Gasspeicher Breitbrunn von der bundeseigenen Uniper SE auf den Freistaat übertragen wird, und die Möglichkeit eines Erwerbs oder einer maßgeblichen Beteiligung des Freistaates am Gasspeicher Wolfersberg zu prüfen, um Befüllung, Betrieb und strategische Einsatzbereitschaft unter staatliche Kontrolle zu stellen,
6. sich auf Bundesebene für die Einführung einer strategischen Erdgasreserve einzusetzen,

7. eine eigenständige bayerische Strategie zur langfristigen Sicherung preiswerten Erdgases zu verfolgen, indem sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene für eine grundlegende Neubewertung und Abkehr von energie- und klimapolitischen Vorgaben einsetzt, die im Rahmen einer erzwungenen Dekarbonisierung die Wirtschaftlichkeit der Gasspeicherung sowie die Versorgungssicherheit Bayerns mit Erdgas beeinträchtigen.

Begründung:

Die Versorgung Bayerns mit Erdgas befindet sich in einer zunehmend kritischen Lage, die durch energiepolitische Fehlentscheidungen auf EU-, Bundes- und Landesebene erst so geschaffen wurde. Die bayerischen und deutschen Gasspeicher weisen derzeit historische Tiefstände auf: Am 4. Februar 2026 waren die Speicher bundesweit zu 70 Prozent geleert, in Bayern sogar zu 80 Prozent – der niedrigste Stand seit Beginn der Messungen. Besonders alarmierend ist die Situation bei den strategischen Speichern Breitbrunn (84 Prozent leer) und Wolfersberg (95,5 Prozent leer), die bis 2027 stillgelegt werden sollen, da sie infolge politischer Vorgaben betriebswirtschaftlich nicht mehr tragfähig sind. Diese beiden Speicher machen zusammen fast die Hälfte der gesamten Gasspeicherkapazitäten Bayerns aus (BNetzA, 2026; VBEW, 2025). Die niedrigen Füllstände resultieren direkt aus Maßnahmen wie der CO₂-Bepreisung, der grünen Wärmewende, den Russland-Sanktionen sowie der Quotenregelung für die sommerliche Zwangsbefüllung, die die Wirtschaftlichkeit der Gasspeicherung systematisch untergraben haben.

Diese Politik hat zu einer erheblichen Verteuerung von Erdgas geführt, das eigentlich eine günstige Energiequelle darstellt. Ohne Sanktionen, Wärmewende und Dekarbonisierungsmaßnahmen läge der Preis für Erdgas vor Steuern und Abgaben bei etwa 1,6 Cent pro Kilowattstunde, nach Steuern und Abgaben bei rund 4 Cent pro Kilowattstunde (Destatis, 2026). Stattdessen haben sich die Gaspreise für Industrie und Haushalte seit 2019 mehr als verdoppelt, was zu Deindustrialisierung und steigender Energiearmut führt: Über 55 000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe wurden seit 2019 abgebaut, und der Anteil der von Energiearmut betroffenen Bevölkerung stieg von 2,5 Prozent im Jahr 2019 auf 6,3 Prozent im Jahr 2024 (BAA, 2026; Eurostat, 2026). Im deutschen Großhandel lagen die Preise Anfang Dezember 2025 noch bei 2,5 Cent pro kWh, im Januar 2026 betragen sie bereits über 4,3 Cent pro kWh – eine Steigerung um nahezu 50 Prozent. Hinzu kommt die CO₂-Bepreisung von 1,75 Cent pro kWh Erdgas, die einen Aufpreis von 70 Prozent auf den Großhandelspreis darstellt (BNetzA, 2026; Fraunhofer-Institut, 2026).

Die Abhängigkeit von teurem importiertem Gas verstärkt diese Probleme weiter. Derzeit stammen 48,5 Prozent der deutschen Erdgasimporte aus den USA – fast die Hälfte, was eine mitunter größere einseitige Abhängigkeit schafft als in der Vergangenheit von Russland. Dieses Fracking-Gas, das per Tanker importiert wird, ist deutlich teurer als russisches Pipeline-Gas. Zusammen mit Importen aus Norwegen (41 Prozent) decken diese Quellen rund 90 Prozent der deutschen Gasimporte ab, was bei Ausfällen oder Umlenkungen auf asiatische Märkte zu Engpässen führen könnte (BDEW, 2026). Die geplante Stilllegung der Speicher Breitbrunn und Wolfersberg würde die Versorgungslage ab Frühjahr 2027 in den Wintermonaten erheblich verschärfen, da ein Füllstand von nur 20 Prozent bereits der „Alarmstufe“ des Notfallplans Gas entspräche (BMWE, EU SOS-Verordnung, 2017).

Gesetze wie das GEG und das WPG fördern diese Entwicklung, indem sie planwirtschaftliche Vorgaben erzwingen, die das Gasnetz abschreiben und den Umstieg auf ineffiziente Alternativen wie Fernwärme oder Wärmepumpen erzwingen. So müssen Neubauten seit Anfang 2024, spätestens ab 2028, zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien beheizt werden, und ähnliche Zwänge gelten für Bestandsbauten. Bayern heizt zu 75,5 Prozent mit Öl oder Gas, und nur 5,8 Prozent der Wohnungen nutzen Fernwärme, was einen kostspieligen Umstieg für Millionen Haushalte bedeutet (BDEW, 2026). PwC (2024) beziffert die Kosten für private Haushalte im Rahmen der Wärmewende und Dekarbonisierung bis 2045 auf 3 bis 4 Billionen Euro, das entspricht im

Durchschnitt 72.000 bis 96.000 Euro pro Haushalt. Bayern verfügt über ein milliarden-schweres Gasnetz von über 48 000 km und Speicherkapazitäten von 31,4 TWh/a (VBEW, 2026) Dessen künstlich erzwungener Rückbau muss verhindert werden.

Der Ausbau volatiler Energien wie Wind und Solar im Rahmen der Energiewende führt nicht – wie von ihren Apologeten versprochen – zu mehr Energieunabhängigkeit, sondern verlagert bestehende Abhängigkeiten in neue Bereiche und erhöht sie in vielen Fällen sogar: Für „100 Prozent Erneuerbare bis 2045“ müssten ein Drittel bis zwei Drittel der Energie als Wasserstoff oder E-Fuels aus Nordafrika oder dem Nahen Osten importiert werden (BMW i TN-PtG/PtL, 64 Prozent; DENA KN100, 55 Prozent; BMW i TN-H2-G, 50 Prozent). China dominiert zudem bei Photovoltaik-Modulen (90 Prozent) und Silizium (86 Prozent) sowie bei rund 60 Prozent des für Batteriespeicher benötigten Lithiums, was zusätzliche Risiken schafft. Fossile Backup-Kraftwerke bleiben unverzichtbar, da Wind und Solar keine planbare Leistung liefern.

Vor diesem Hintergrund ist eine eigenständige bayerische Energiepolitik essenziell, die den Erhalt von Gasspeichern unter staatlicher Kontrolle, die Förderung von Biomethan und die Sicherung günstiger Importe priorisiert. Das Vorbild des Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr Dr. Otto Schedl (CSU), der in den 1960er Jahren durch Verträge mit der Sowjetunion Bayerns Übergang zur Industrienation ermöglichte, zeigt den Weg zu pragmatischer Diplomatie und Versorgungssicherheit.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/9892

Günstig heizen. Bezahlbar wohnen. Unabhängige Energiepolitik wagen.

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Walter Nussel

Abg. Florian Köhler

Abg. Steffen Vogel

Abg. Oskar Lipp

Abg. Florian von Brunn

Abg. Josef Lausch

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günstig heizen. Bezahlbar wohnen. Unabhängig werden. (Drs. 19/9851)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Günstig heizen. Bezahlbar wohnen. Unabhängige Energiepolitik wagen. (Drs. 19/9892)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Energiepolitik der Bayerischen Staatsregierung wurde wieder einmal von der Realität eingeholt. Ein Blick zurück ins Jahr 2023. Ministerpräsident Markus Söder tat so, als ob mit dem Gebäudeenergiegesetz das Abendland untergehen würde, und Hubert Aiwanger skandierte, die in Berlin hätten den A... offen und man müsse sich die Demokratie zurückholen.

Zwischenzeitlich forderte Markus Söder auch noch mehrfach, die Förderprogramme für saubere Heizungen zu streichen – Fördergelder, obwohl wir laut Statistik wissen, dass das Bundesland Bayern und die Menschen hier mehr profitieren als alle anderen Bundesländer. Das muss man wirklich einmal sehen. Dass hier ein Ministerpräsident dagegen ist, ist wirklich unglaublich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und heute? – Heute sind sich die Akteure einig. Wir hatten erst letzten Donnerstag ein größeres Fachgespräch mit Stadtwerken, mit der Heizungsinnung, mit Energieberatern, die eine ganz einhellige Meinung vertreten und diese ganz klar sagen. Sie von der Regierungsfraktion müssen jetzt ganz tapfer sein; denn die Meinung der Expertinnen und Experten ist ganz klar: Das Gebäudeenergiegesetz ist ein voller Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Milliarden Euro an Fördergeldern fließen in bayerische Heizungskeller. Durch das Gesetz ist es erstmals ermöglicht worden, Geld nicht mit der Gießkanne zu verteilen, sondern gezielt einzusetzen. 20 % der ausgeteilten Fördergelder gehen speziell an Haushalte, die finanziell schwächer aufgestellt sind. Das Geld kommt genau da an, wo wir es brauchen, genau da, wo es gebraucht wird. Man kann wirklich nur noch einmal betonen: Das Heizungsgesetz ist ein voller Erfolg, und es zeigt sich: Das fanatische Ampel-Bashing war nichts anderes als Wahlkampfgetöse. Markus Söder macht keine Politik für die Menschen; er macht Politik nur für sich selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ganze ist auch wirtschaftspolitisch desaströs. Erst heute stand wieder ein größerer Artikel über den Wärmepumpenhersteller Wolf in Mainburg in der "Süddeutschen Zeitung". Ich war mit unserer Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze letzten Sommer dort; denn wir GRÜNE kümmern uns im Gegensatz zur Staatsregierung um bayerische Unternehmen.

(Lachen bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Oje! Da muss er selber lachen!)

Der Tenor war ganz klar: Der Markt kommt ins Rollen; er könnte boomen, wenn die Hängepartie endlich einmal vorbei wäre, wenn Sie in Berlin endlich einmal sagen würden, wohin es mit dem Gebäudeenergiegesetz geht. Wir sind hier wirklich erfolgreich. Wir haben jetzt schon 5.000 Arbeitsplätze bei den Wärmepumpenherstellern. Es könnten noch deutlich mehr sein. Wolf und die anderen bayerischen Wärmepum-

penhersteller stehen in den Startlöchern; sie könnten die Produktion verdoppeln. Aber was machen Sie? – Ein Markus Söder träumt weiter vom Mond. Das kann er ja meinetwegen machen. Wenn er aber den gleichen Elan hätte, sich wirklich für bayerische Zukunftstechnologien einzusetzen, stünden wir in Bayern woanders, dann würde Bayern wirklich besser dastehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein paar Worte zu den Gasspeichern. Wir brauchen verbindliche Regeln für die Füllmengen der Gasspeicher – das ist auch in unserem Antrag klar postuliert. Wir brauchen eine sichere Versorgung. Hubert Aiwanger war bei uns im Wirtschaftsausschuss zu Gast. Er hat zu diesem Thema gesagt, die strengen Vorgaben würden keinen Sinn machen, weil dadurch im Sommer die Gaspreise erhöht würden. – Ja so ein Blödsinn!

Wir haben jetzt die Situation, dass der Füllstand der Gasspeicher gerade noch 30 % beträgt und die Preise durch die Decke gehen. Wir wissen auch nicht, wie lange der Winter noch dauern wird. Das ist doch das Problem. Deswegen ganz klar: Preisspitzen begrenzen, fossilen Ausstieg forcieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Saubere Heizungen schützen nicht nur unser Klima, nicht nur unsere Heimat, sie schützen die Menschen auch vor einer fossilen Kostenfalle. Das Gebäudeenergiegesetz befähigt die Menschen dazu, genau den Schritt in eine sorgenfreiere Zukunft zu gehen.

Deswegen mein klarer Appell an Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN: Vergeuden Sie nicht weiter Ihre Energie für einen billigen Heizungspopulismus, sondern unterstützen Sie die bayerischen Unternehmen, unterstützen Sie die Menschen dabei, den Weg in eine saubere Zukunft zu gehen, um Wohlstand und Sicherheit erhöhen zu können.

Meine Forderung zum Schluss ganz klar: Finger weg vom Gebäudeenergiegesetz! Finger weg von den Förderprogrammen; denn diese sind wirklich sehr erfolgreich. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Walter Nussel von der CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Stümpfig, ich weiß nicht, was Sie heute Früh erwischt haben.

(Heiterkeit bei der CSU)

Irgendwie bin ich jetzt im falschen Film. Das Heizungsgesetz von Herrn Habeck wurde einem Praxischeck unterzogen. Er hat nicht zugehört. Ich bin gefragt worden. Ich habe ministeriumsübergreifend gesprochen. Deswegen war und ist das ein Rohrkrepieler. Jetzt muss unsere Bundesregierung all das korrigieren, was die Ampel – in Anführungszeichen – in die falsche Richtung betrieben hat. Sie stellen sich aber hierher und sagen, dass das ein Wirtschaftswunder wäre. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Das wollte ich ganz einfach sagen; denn das kann man so nicht stehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Man kann einfach einmal in die Statistik blicken, lieber Walter Nussel. Da sieht man, dass im letzten Jahr die Wärmepumpe der Verkaufsschlager war, die meistverkaufte Heizung war. Das läuft. Reden Sie mit Olaf Zimmermann, Innungsmeister der SHK-Innung in München. Er sagt auch ganz klar: Unsere Heizungsbauer können das. Die Fortbildungen haben stattgefunden. Das wird angenommen. Die Menschen nehmen das Ganze an.

Deswegen ist ganz klar: Das ist ein Erfolgsschlager. Das funktioniert, und das bringt wirklich etwas. Schauen Sie sich KfW-Statistiken an. Bayern hat allein in einem Jahr eine Milliarde Euro Fördergelder aus diesem Topf in Berlin bekommen. Da können wir doch nicht einfach sagen, das ist uns als Bayern egal. Das verstehe ich nicht. Ich verstehe nicht, warum ihr gegen die Wärmepumpe seid. Die Gebäuderichtlinie der EU sagt ganz klar, dass es 2040 keine fossilen Brennstoffe im Gebäudebereich mehr geben darf. Wie wollt ihr denn das erreichen, ohne diese sauberen Technologien zu fördern?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Köhler für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Eine neue Woche mit Dringlichkeitsanträgen, eine neue Woche Satireanträge vom grünen THC-Stammtisch, heute mit dem Titel "Günstig heizen. Bezahlbar wohnen. Unabhängig werden".

Mit der Unabhängigkeit wird es schon dann schwierig, wenn man den Wettergott anbeten und sich auf Sonne und Wind verlassen muss. Aber eigentlich ist es nicht zum Lachen. Grüne Politik scheitert immer an der eigenen Hybris, gegen Feinstaub, für E-Mobilität, gegen Kohlekraftwerke, gegen Gaskraftwerke, gegen Gasheizungen, gegen Ölheizungen, gegen fossile Brennstoffe, gegen Atomkraft.

Jetzt fordern Sie aber, das Gebäudeenergiegesetz weiterzuentwickeln, weil Sie die Haushalte vor steigenden Heizkosten schützen möchten. Aha! Am liebsten möchten Sie aber auch auf fossile Brennstoffe verzichten und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleisten. Das ist das Schöne an Ihren Anträgen, Sie fassen das immer so wunderbar selbst zusammen, hier mit folgender Forderung: die Bundesförderung

für effiziente Gebäude sozial gerecht weiterentwickeln, sodass Eigenheimbesitzende und Mietende beim Umstieg auf fossilfreie Heizsysteme wirksam finanziell entlastet werden.

Also, erst machen Sie mit CO₂-Bepreisung, Lieferkettengesetz, Heizungsvorschriften und dem GEG selber das Wohnen und Bauen teuer, und dann soll der Steuerzahler hergenommen werden, um Wohnen und Bauen wieder billiger zu machen. Das ist doch unlogisch. Das ergibt doch überhaupt keinen Sinn.

Warum stellen Sie so einen Antrag? – Weil die "Grün:innen" darauf gekommen sind, dass die eigene Neigungsgruppe – das sind die Bionade-Bobos – langsam merkt, dass der Strom vielleicht nicht aus der Steckdose kommt und es sein kann, dass Sonne und Wind wohl doch einen Preis haben, auch wenn Sonne und Wind persönlich keine Rechnung stellen. Da schreien Sie jetzt, die die gesamte Energieinfrastruktur in Deutschland gefährden und deren Vorfeld Anschläge auf unsere Infrastruktur verübt, da schreien Sie, die sich Pipelines von der Ukraine wegsprengen lassen, da schreien Sie, die unsere Energiepreise mit der CO₂-Bepreisung stetig haben steigen lassen. Entschuldigung, machen Sie doch einfach Schluss mit unsinniger CO₂-Bepreisung. Dann werden auch Wohnen und Bauen wieder billiger. Dann muss man auch nicht mit einer staatlichen Förderung aushelfen.

(Beifall bei der AfD)

Die Sanktionspolitik muss man mir auch einmal erklären. Aber da schenken sich GRÜNE und derzeitige Bundesregierung nichts: Russisches Gas, nein, das ist böse; da klebt dann Blut an unseren Händen. Aber das Gas von Katar, bei dem das Blut gesteinigter Frauen und gehängter Homosexuellen am Heizkörper klebt, ist in Ordnung. Das ergibt doch null Sinn.

Wenn man eine künstliche Verknappung hat und die Preise steigen, muss man eigentlich den Markt öffnen, den Energiemarkt diversifizieren und sich von der einen oder anderen klimapolitischen Vorgabe schlicht und ergreifend lösen. Aber ich darf

auch feststellen, dass das grüne Verständnis von Marktwirtschaft oder von Wirtschaft allgemein halt einfach unterentwickelt ist. Von daher empfehlen wir da die Ablehnung.

Unser Nachzieher fordert genau das, was Sie aufgrund Ihrer ideologischen Einschränkungen nicht schaffen. Dafür bitten wir um Zustimmung. Wir fordern die Abschaffung oder Aussetzung des EU-Emissionshandelssystems, die Senkung der Energie- und Umsatzsteuersätze auf das EU-Mindestmaß, eine eigene bayerische Biomethan-Strategie und und und. Aber mit diesem grünen, bunten Narrenschiff geht es garantiert nicht weiter.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Steffen Vogel für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist tatsächlich ein Stück bayerisch-grüner Komödienstadel, wenn ausgerechnet die GRÜNEN den Antrag für günstiges und bezahlbares Heizen in Bayern stellen. Jeder Bürger, jeder, der da oben sitzt, weiß, dass Robert Habeck und die GRÜNEN die größten Kostentreiber für teures Heizen in diesem Land waren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Jedes kleine Kind weiß, wem wir die höchsten Energiepreise zu verdanken haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Euch!)

Sie zeichnen ein vollkommen falsches Bild. Das Gebäudeenergiegesetz hat nämlich bei vielen Bürgerinnen zu wahnsinniger Verunsicherung geführt. Jeder war unsicher, gerade Rentner: Hey, müssen wir sanieren, oder müssen wir nicht sanieren? Können wir uns bei kleinen Renten die teuren Heizungsersatzlösungen, wenn 65 % aus erneuerbaren Energien kommen müssen, noch leisten? Was ist mit der jungen Familie, die ein Gebäude gekauft hat? Muss sie das jetzt plötzlich teuer sanieren? – Die GRÜNEN

haben dafür gesorgt, dass bei allen Häuslebesitzern eine wahnsinnige Verunsicherung entstanden ist. Deshalb ist es richtig, dass wir an dieses Gebäudeenergiegesetz ran-gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns als CSU-Fraktion ist klar, dass Energiepolitik auch Sozialpolitik ist.

Liebe GRÜNE, die Wahl des Heizungssystems hat nach unserer festen Überzeugung nichts mit Ideologie zu tun, sondern mit Vernunft. Deshalb ist es richtig, dass man an dieses Gebäudeenergiegesetz rangeht. Aber Sie vermitteln einfach einen vollkommen falschen Eindruck, wenn Sie sagen: Hey, wir wollen das komplett abschaffen. – Das geht unionsrechtlich überhaupt nicht. Wir wollen das Heizungsgesetz von Robert Ha-beck weghaben. Das wollen wir weghaben, und dafür kämpfen wir auch in Berlin;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

denn wir stehen für technologieoffene, emissionsarme Lösungen und für Klimaschutz mit Vernunft. Wir stehen für einen Energiemix. Wir haben einfach unterschiedliche Situationen. Ballungsräume wie München, Nürnberg oder Augsburg haben ganz ande-re Herausforderungen als ein ländlicher Raum wie bei mir der Landkreis Haßberge. Wir haben wahnsinnig viele Biogasanlagen. Wir haben Wärmenetze. Schalte ich die alle aus? Was ist mit Wärmepumpen? Was ist mit Geothermie? Was ist mit ande-ren modernen Gaslösungen, mit klimaneutralen Perspektiven? – All das gehört für uns zusammen. Wir setzen nicht einseitig nur auf Wärmepumpen, sondern es gibt einen Energiemix. Wir wollen uns da entsprechend technologieoffen halten. Nicht das Gesetz soll vorschreiben, wie man emissionsarm heizt, sondern wir vertrauen auch dem Bürger, dass er die bestmögliche Variante wählt, die für ihn und sein Gebäude entsprechend passt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Natürlich, mehr Vertrauen! – Deshalb lehnen wir den Antrag insgesamt, aber auch das Thema mit dem BEG, mit der Bundesförderung für effiziente Gebäude ab. Warum? – Das ist den wenigsten bekannt. 15,3 Milliarden Euro gibt der Bund dafür aus. Da ist die Frage: Ist das tatsächlich zielgerichtet? Müssen wir in Zeiten knapper Kassen nicht auch einmal überlegen, welche Förderung Sinn macht und welche Förderung keinen Sinn macht? – Deshalb stehen wir dafür, dass man diese BEG-Förderung auf den Prüfstand stellt, nicht mit der Gießkanne durchs Land geht und überall fördert, sondern dass man sie zielgenau und interessengerecht, so wie man es eben haben will, einsetzt und tatsächlich natürlich den Betrag entsprechend absenkt.

Zusammenfassend die Hauptargumente gegen das Gebäudeenergiegesetz und das Heizungsgesetz: zu starke staatliche Regulierung, fehlende Technologieoffenheit, zu hohe Kosten für Bürger, für Staat und Kommunen sowie für die Wirtschaft. Wir bevorzugen Marktmechanismen wie zum Beispiel die CO₂-Bepreisung.

Das Hauptargument für die Kürzung und den Umbau der BEG-Förderung ist die Haushalts- und Schuldenbelastung. Wir belasten mit 15,3 Milliarden auch nachfolgende Generationen. Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Wir sehen bei der derzeitigen Ausgestaltung die Gefahr einer ineffizienten Subventionierung und wünschen uns eine zielgenauere Förderung und auch eine gewisse Reduzierung.

Nächster Punkt, Füllstand der Gasspeicher: Da bitte ich einfach zu berücksichtigen, dass es keine direkte Verbindung zwischen dem Füllstand der Gasspeicher und der Preisentwicklung gibt; denn die Füllstände sind jetzt niedriger als im Januar 2025, aber auch der Gaspreis ist niedriger. Das heißt, erstens wird der Eindruck erweckt, als wären die Menschen in Bayern morgen sozusagen dem Kältetod nahe, und zweitens, als müsste jetzt jeder sehr hohe Preise zahlen, weil die Füllstände so sind, wie sie sind. Das stimmt einfach nicht. Warum? – Sowohl Unternehmer als auch Bürgerinnen und Bürger haben oft langfristige Lieferverträge. Das heißt, wenn es am Großmarkt Schwankungen gibt, schlagen die nicht direkt auf die Verträge durch. Deshalb wird

hier der vollkommen falsche Eindruck erweckt. Die Bürgerinnen und Bürger werden einfach nur verunsichert. Ihnen wird etwas vorgespielt. Deshalb lehnen wir diesen Antrag natürlich auch ab.

Natürlich sind wir auch auf Bundesebene aktiv. Wir brauchen keine Aufforderung der AfD mit dem Antrag, uns auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Bevölkerung in Bayern vor Kälte usw. zu schützen, sondern wir arbeiten in Berlin sehr eng mit. Natürlich sind wir auch dafür, dass wir uns unabhängig machen. Natürlich muss man diesen Sommer-Winter-Spread austarieren, damit man praktisch auch im Sommer gut befüllen kann. Das heißt, wir brauchen diese ganzen Hinweise nicht. Auch das Thema nationale oder strategische Reserve muss selbstverständlich in die Überlegungen eingepreist werden.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen bezahlbare Energie und Versorgungssicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber einen Klimaschutz mit Augenmaß. Dafür braucht es nach unserer Überzeugung mehr Innovationskraft und weniger Ideologie. Wir brauchen Anreize statt Zwang. Wir brauchen Entscheidungsvertrauen in die Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen selbst entscheiden können, wie sie mit ihrer Heizung umgehen und welche Maßnahme bzw. welches Heizsystem für sie das Richtige ist. Ich sage es noch einmal: Heizen hat etwas mit Vernunft zu tun und nicht mit Ideologie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten
Claudia Köhler (GRÜNE))

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam dafür arbeiten, dass in Bayern auch zukünftig bezahlbare und saubere Energie zur Verfügung steht. In diesem Sinne lehnen wir sowohl den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN als auch den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste wurde vom Abgeordneten Oskar Lipp von der AfD-Fraktion angemeldet. Bitte.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Kollege Vogel, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben am Schluss Ihrer Rede noch ein paar Sätze über die uns eventuell bevorstehende Gasmangellage verloren. Die Speicher sind zu 29 % befüllt. Jetzt zur Frage: Sie haben gesagt, Sie brauchen keine Aufforderung von der AfD, weil Sie in den letzten Monaten eine gute Politik in Berlin betrieben. Schon knapp ein Jahr sind Sie in Berlin Teil der Regierung. Ich frage mich: Was haben Sie als Vertreter des Freistaats Bayern in den letzten Monaten gemacht? Gab es zum Beispiel irgendwelche Bundesratsinitiativen, um die bevorstehende Gasmangellage abzuwenden?

Steffen Vogel (CSU): Herr Lipp, erstens bin ich nicht Mitglied des Deutschen Bundestags. Wir sind hier auch nicht im Deutschen Bundestag.

(Zurufe von der AfD)

Ich wehre mich dagegen, dass ich dafür verantwortlich gemacht werde, was 250 Bundestagsabgeordnete in Berlin machen. Das müssen Sie die Bundestagsabgeordneten in Berlin fragen. Das sind alles Bundeszuständigkeiten.

(Zurufe von der AfD)

Die AfD will doch in Berlin der letzte Rettungsanker sein. Dann stellen Sie die Fragen in Berlin, wo sie hingehören. Das GEG, die Gasbefüllung und das BEG sind bundespolitische Themen. Ich persönlich finde es Wahnsinn, dass mit solchen Quatschanträgen die Bundesebene betreffend die Sitzungen in diesem Hause immer weiter verlängert worden, sodass wir hier bis 24 Uhr und länger sitzen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Zurufe von der AfD)

Zweitens gab es eine Fülle von Maßnahmen und Schreiben, mit denen man darauf hingewirkt hat, dass man diese Lage sieht und die Gasspeicher auffüllt. Es ist jetzt kein Vertreter des Wirtschaftsministeriums anwesend. Übrigens wurde die Füllstandsvorgabe von 90 % auf 70 % abgesenkt, was dazu geführt hat, dass die Befüllung höher ist. Wir müssen auch feststellen, dass es Spekulationen gibt – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit ist um. Es gibt noch eine zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung, also kommt noch einmal eine Minute dazu.

(Doris Rauscher (SPD): Einfach weiterreden!)

Die zweite Zwischenbemerkung macht Herr Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Kollege Steffen Vogel, dreieinhalb Jahre lang gab es hier im Bayerischen Landtag kaum eine Rede von Abgeordneten der CSU oder der FREIEN WÄHLER ohne Kritik an der Ampel-Regierung in Berlin. Daher ist der Ausspruch schon ein wenig lächerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstens ist die Frage: Ein Jahr ist die Bundestagswahl jetzt her, und ihr habt es noch nicht geschafft – ich sage "ihr", weil die CSU Teil der Bundesregierung ist –; einmal zu sagen, wo die Reise hingeht. Deshalb frage ich: Wo geht die Reise im Wärmebereich hin?

Zweitens gab es im Jahr 2024 42.000 Anträge von Menschen in Bayern, die einen Zuschuss für Heizungssanierung erhalten haben. Das sind insgesamt 570 Millionen Euro gewesen. Die Zahlen liegen mir mittlerweile vor. Sie sagen nun, das sei alles ineffizient. 20 % der Zuschüsse gingen in besonders einkommensschwache Haushalte. Es wird also nicht nach dem Gießkannenprinzip gefördert. Vielmehr wird gezielt

gesteuert. Wollen Sie, dass den Menschen in Bayern dieses Geld nicht mehr zur Verfügung steht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Steffen Vogel (CSU): Herr Kollege Lipp fragt: Was haben Sie im Deutschen Bundestag innerhalb des letzten Jahres dafür getan? – Ich bin nicht Mitglied des Deutschen Bundestages.

(Zurufe der AfD – Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Ich werde gefragt: Steffen Vogel, was haben Sie im Deutschen Bundestag getan? – Dann sage ich: Ich bin nicht Mitglied des Deutschen Bundestages, und deshalb kann ich dazu keine Antwort geben.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Mir jetzt vorzuhalten, das sei lächerlich, ist eine persönliche Wertung. Das kann man so machen, muss man aber nicht.

Zweitens legen wir den Finger in die Wunde und wissen, dass das GEG, das Gebäudeenergiegesetz, mit der einseitigen Förderung von 65 % zu so viel Verunsicherung, zu so viel Verärgerung bei der Bevölkerung geführt hat,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

dass wir sagen: Das muss man technologieneutral gestalten. Wir sind doch nicht gegen Förderungen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Es sagt doch niemand, dass wir das GEG abschaffen wollen. Wer hat denn das behauptet? – Wir wollen Technologieneutralität, weil unser Land sehr unterschiedlich ist und man München bzw. Ballungszentren nicht mit dem ländlichen Raum vergleichen kann. Bei uns spielt Biogas eine sehr große Rolle.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, jetzt ist die zweite Minute auch um.

Steffen Vogel (CSU): Nahwärme spielt ebenfalls eine sehr große Rolle. Das ist anderswo nicht der Fall. Deshalb müssen wir mehr Neutralität und mehr Vertrauen in die Entscheidungskompetenz –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit ist um.

Steffen Vogel (CSU): – der Häuslebauer vor Ort wagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir heute darüber diskutieren. Vielleicht sollte man es in etwas sachlicherer Art und Weise tun.

(Florian Köhler (AfD): Dafür sind Sie ja bekannt! – Heiterkeit bei der AfD und der CSU)

– Sie freuen sich schon, das freut mich auch, aber warten Sie einmal ab.

Ich will kurz etwas zum Thema Gas sagen: Mit der Angst der Bevölkerung sollte man in dieser Frage nicht spielen. Wir haben die Situation, dass sich die Lieferanten von Gas darauf eingestellt haben, dass der Bund bisher zu bestimmten Zeitpunkten immer bestimmte Füllquoten einhalten musste: vor dem Winter 80, 90 %, danach 30 %. Das hat dazu geführt, dass Gas im Sommer deutlich teurer geworden ist. Deswegen ist es klug, nicht zu diesen Zeitpunkten zu füllen. Es besteht im Moment auch keine Gefahr, zumindest sagen das alle, die damit befasst sind, auch unabhängige Experten. Ich will in dem Zusammenhang Klaus Müller nennen, der ein Parteibuch der GRÜNEN besitzt und Chef der Bundesnetzagentur ist. Er hat die Versorgungslage als stabil bezeichnet.

Die Situation hat sich grundlegend geändert, weil wir LNG-Terminals haben und damit auch schnell nachlegen können. An dieser Stelle sollte man also etwas tiefer stapeln.

Jetzt komme ich zum Thema Gebäudeenergiegesetz: Ich möchte grundsätzlich sagen, dass das Gebäudeenergiegesetz nicht ideologisch, sondern technologieoffen ist. Durch das Gebäudeenergiegesetz lassen sich sowohl Biomasseheizungen als auch Wärmepumpen fördern. Die Wärmepumpe ist jedoch eine besonders effiziente Lösung. Man kann, je nach Gerät und Umständen, aus einer Kilowattstunde Strom drei bis vier, vielleicht sogar fünf bis sechs Kilowattstunden Wärme machen. Wir befinden uns in Bayern in der günstigen Situation, dass wir bayerische Topfirmen in diesem Markt haben. Zwei davon befinden sich in Oberfranken: ait-deutschland GmbH und Glen Dimplex. In Niederbayern haben wir mit Wolf in Mainburg und KERMI in Plattling auch zwei. In diesen bayerischen Hightechbranchen arbeiten 5.500 Beschäftigte. Wozu hat die Kampagne gegen das Heizungsgesetz geführt, die Sie 2024 angezettelt haben? – Die Menschen waren total verunsichert. Der Markt ist eingebrochen. Die Folge bei ait-deutschland in Kasendorf und bei Glen Dimplex in Kulmbach war Kurzarbeit. Söder macht im Bierzelt Witze über das Heizungsgesetz, und in Oberfranken stehen die Bänder still. Verehrte Damen und Herren, das ist keine verantwortliche Politik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gott sei Dank sind die Bürger vernünftiger. Sie erkennen, dass das eine gute Lösung ist. Die Nachfrage nach Wärmepumpen ist massiv gewachsen. Im Jahr 2025 gab es einen Absatz von fast 300.000 Wärmepumpen. Das ist ein Plus von 55 %. Dagegen sind 30.000 Biomasseheizungen verkauft worden. Im Neubau ist die Wärmepumpe also ganz klarer Marktführer. Bayern profitiert massiv davon. Herr Kollege Stümpfig hat es gerade gesagt: Fast ein Fünftel, fast 600 Millionen Euro sind im Jahr 2024 aus der Bundesförderung nach Bayern geflossen. Für 2025 liegen erst die Zahlen des ersten Quartals vor, aber da steuern wir auf eine Milliarde Euro zu. Bis Ende Juni waren es 410 Millionen Euro. Wer profitiert? – Die Industrie in Bayern: 5.500 Beschäf-

tigte in der Wärmepumpenproduktion in Oberfranken und Niederbayern sowie das Heizungshandwerk mit 4.500 Betrieben, 72.000 Beschäftigten und 7.000 Auszubildenden. Es hängen also fast 80.000 bayerische Arbeitsplätze daran. Die haben durchgehalten, fortgebildet und investiert. Jetzt atmen sie auf, weil sie endlich wieder Aufträge haben. Genau jetzt will die CSU die Förderungen halbieren. Der Patient kommt gerade aus dem Krankenhaus, kann wieder laufen, und Sie wollen ihm schon wieder ein Bein stellen. Lassen Sie das, das ist keine gute Politik für Bayern, verehrte Damen und Herren! Das ist Industriesabotage.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Walter Nussel (CSU))

Tun wir etwas für diese Firmen, damit es in Kasendorf, in Kulmbach, in Mainburg, in Plattling Sonderschichten statt Kurzarbeit gibt, und der Klimaschutz profitiert auch davon. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger im Zuhörerraum! Es ist erstaunlich, dass dieser Dringlichkeitsantrag akkurat von der Partei der GRÜNEN kommt, die sich doch einer gewissen Ideologie verschrieben haben, die – der Kollege Vogel hat es schon erwähnt – doch zur Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen hat.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Eure Lügen haben verunsichert, nicht das Gesetz! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Oh, oh, oh!)

– Langsam. "Lügen" ist ein starkes Wort. Ich würde bei diesen wirklich wichtigen Themen doch um die gebotene Sachlichkeit bitten.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für die freie Wahl der Heizungsform, und wenn die Bürger erkennen, dass die Heizungswärmepumpe eine gute Lösung ist, dann soll es so sein; aber wir sind gegen die Maßnahmen im Gebäudeenergiegesetz der Ampel-Parteien, die zu Verunsicherung und zu Zwang geführt hätten.

Lassen Sie mich auch auf die Gasmangellage oder auf die Gasspeicher in Deutschland eingehen. Am 02.02. betrug der Füllstand 31 %. Ein Jahr vorher war er bei 54 %. Die Ursachen der niedrigen Füllstände sind natürlich weniger die mangelnde Füllung zu Beginn der Speichersaison: Es hat scharfe Marktverwerfungen gegeben. Es gibt auch Marktakteure, die auf dem Energiemarkt spekulieren usw. usf. Natürlich spielt auch eine Rolle, dass das Bundeswirtschaftsministerium die gesetzlichen Füllstandsvorgaben zu Beginn der Heizungsperiode von 90 % Füllstand auf 70 % der Gasfüllstandsmengen gesenkt hat. Diese Entscheidung kann man durchaus hinterfragen. Der Gedanke war hier, Marktmechanismen wieder zu stärken und den freien Energiemarkt zu fördern. Die Versorgungslage ist angespannt, aber trotzdem stabil.

Sollte die kalte Witterung, die wir bisher gehabt haben, weitergehen, werden die Speicherstände leider weiter sinken. Für mögliche erneute Kälteeinbrüche werden hohe Ausspeicherleistungen benötigt, und diese sinken zunehmend mit abnehmendem Füllstand. Das ist technisch bedingt. Die Prognosen bewegen sich nah an der kritischen Grenze. Das Bundeswirtschaftsministerium – darum würde ich wirklich bitten – darf keinen Anschein einer Mangellage erkennen lassen und muss entschlossen handeln, um starke Preissprünge – und da sind wir beim kostengünstigen Heizen – zu verhindern. Zusätzliche Kosten entstehen immer wieder durch die Erhöhung der CO₂-Abgabe. Sollte sich tatsächlich – was ich nicht befürchte – eine echte Versorgungskrise abzeichnen, ist der Bund absolut in der Pflicht, und es ist dann auch die Ultima Ratio anzudenken, eine staatliche Gasbeschaffung außerhalb des Marktes in Angriff zu nehmen.

Der Freistaat Bayern hat in diesem Bereich leider keinen eigenen Hebel, um die Füllstände der Speicher, die zum großen Teil in Bayern liegen, zu unterstützen. Notwendig

sind dauerhaft tragfähige Rahmenbedingungen auf Bundesebene. Auch das gehört zur Wahrheit: Die Union hat im Bundestagswahlkampf vor einem Jahr versprochen, das Gebäudeenergiegesetz abzuschaffen, und hat das auch so im Koalitionsvertrag festgehalten. Bisher ist davon aber nichts zu sehen. Ob wirklich die komplette Abschaffung sinnvoll ist, lasse ich hier dahingestellt.

Statt staatlicher Bevormundung braucht es Vertrauen in die Bürger und Technologieoffenheit. Die freie Wahl für eine klimaneutrale und kostengünstige Wärmeversorgung muss gegeben sein. Das GEG muss bürokratieärmer werden. Bayern strebt hier eine schlanke Lösung an, insbesondere bei der Förderung.

Dass – und ich wiederhole mich – gerade die GRÜNEN hier diesen Dringlichkeitsantrag stellen, ist durchaus als Treppenwitz zu bezeichnen. Wir FREIEN WÄHLER sind für Heizen mit Holz, Heizen mit Biomasse, Heizen mit Biogas. Der Kollege Vogel hat es schon angesprochen. Die Ampel-Regierung hat das Heizen mit Biomasse

(Zuruf der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Was ist denn mit Wasserstoff?)

sicher nicht befördert, sondern gebremst. Dadurch sind Unsicherheiten in der Bevölkerung entstanden – durch die Ampelkoalition. Wir fördern die unabhängige Wärmeversorgung unserer bayerischen Bevölkerung. Die beiden Anträge sind natürlich abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Lausch, von Offenheit habe ich in deiner Stellungnahme noch nicht viel herausgehört. Ich habe jetzt aber nur noch eine kurze Nachfrage zu dem Füllstand der Gasspeicher. Du hast selber gesagt: Wir hatten

unter der alten Bundesregierung die Vorgabe eines Füllstands von 90 %. Das ist jetzt auf 70 % gesenkt worden. Du hast angedeutet, dass das ein Fehler ist.

Dazu habe ich eine Rückfrage, weil wir diese Debatte – jetzt ist der Wirtschaftsminister Aiwanger gerade hereingekommen – im Ausschuss geführt hatten. Ich kann genau an seine Worte erinnern, er hat gesagt: Es sei schlecht, so hohe Vorgaben zu haben, dass man mit 90 % beginnt. Das würde die Preise im Sommer erhöhen, die Preise wären im Juli dann ein bisschen höher. – Ist es nicht besser, gesichert durch den Winter zu kommen?

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Es gab zum Beispiel auch die Vorgabe eines Füllstands von 40 % zum 01.02., das war die Vorgabe unter Robert Habeck. Diese gibt es jetzt auch nicht mehr. Wären wir jetzt in einer besseren Situation, wenn die alten Vorgaben noch gelten würden – ja oder nein?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Diese Frage ist hypothetisch. Wir FREIEN WÄHLER sind immer für den freien Markt. Ich bin kein Hellseher. Die Fakten schafft die Bundesregierung und nicht der bayerische Wirtschaftsminister. Man kann trefflich darüber diskutieren. Allwissend bin auch ich nicht. Wir sind für den freien Markt, und die Bundesregierung hat die 70-Prozent-Grenze eingeführt – mit dem guten Willen, den freien Markt zu befördern.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

So, wie die Gas- und Energiepreise zurzeit sind, hat das anscheinend funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/9851 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenenthaltungen! – Bei der SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/9892 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE und SPD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Auch dieser Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.